
Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung ist es, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken und zu sichern. Die Baden-Württemberg Stiftung konzentriert sich auf entscheidende Faktoren: wirtschaftlichen Wohlstand, ökologische Modernisierung, eine lebendige Bürgergesellschaft sowie soziale und kulturelle Teilhabe. Als operativ agierende Einrichtung entwickelt und initiiert die Baden-Württemberg Stiftung in den Bereichen Bildung, Forschung, Gesellschaft und Kultur eigene Programme. Die Themen reichen dabei von Nachwuchsförderung, Lebenswissenschaften und Gesundheit über die frühkindliche Bildung, internationalen Austausch, Bildung für nachhaltige Entwicklung bis hin zu bürgerschaftlichem und kulturellem Engagement.

Solidarität ist das Netz, das eine Gesellschaft zusammenhält. Deshalb fördert die Baden-Württemberg Stiftung den Einsatz für eine starke Gemeinschaft und unterstützt das ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. In unserem breitgefächerten Programm „Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft“ widmen wir uns der Qualifikation von Jugendlichen in diesem Bereich, unterstützen eine Allianz für Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Baden-Württemberg und finanzieren wissenschaftliche Projekte zu vielfältigen Fragestellungen rund um die Themen Demokratie und Bürgerbeteiligung. In allen diesen Feldern findet eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, Gisela Erler, statt.

Seit geraumer Zeit ist eine wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung mit unserem politischen System der repräsentativen Demokratie zu beobachten. Zwar richtet sich diese Unzufriedenheit nicht gegen die zentralen Werte der Demokratie als solche, wohl aber gegen ihre gelebte Praxis. Um dem zu begegnen, will die baden-württembergische Landesregierung mit einer Politik des „Gehörtwerdens“ dem wachsenden Mitwirkungsbedürfnis einer engagierten Zivilgesellschaft gerecht werden und verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnen.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands mehr konkrete Entscheidungen selbst treffen möchten. Aus Befragungen geht weiter hervor, dass Menschen, die sich an Bürgerentscheiden oder -dialogen beteiligen, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zur Wahl gehen und umgekehrt. Es kann als Vorurteil gelten, dass mehr Bürgerbeteiligung der repräsentativen Demokratie schadet. Bürgerbeteiligung kann demokratische Kompetenzen stärken und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen fördern.

Zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger und stabilisierender Faktor einer lebendigen und sozialen Demokratie und ist vielfach gesetzlich verankert. Man denke nur an Planfeststellungsverfahren, Anhörungen und viele andere Formen. Eine Beteiligung bei der Aufstellung eines Landeshaushaltes ist zumindest im mitteleuropäischen Raum aber demokratiepolitisches Neuland. Und auch weltweit gibt es nur sehr wenige Beispiele, in deren Rahmen versucht wurde, Partizipation in Haushaltsfragen von der kommunalen auf die Ebene eines Bundeslandes oder Staates zu hieven.

Auf Anregung des Finanzministeriums Baden-Württemberg und unter dessen Mitwirkung hat sich die Baden-Württemberg Stiftung auf den Weg gemacht, Antworten zu finden, ob und unter welchen Voraussetzungen Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des Landeshaushaltes beteiligt werden können. Die vorliegende Machbarkeitsstudie eruiert die sozialwissenschaftlichen, technischen und rechtlichen Bedingungen einer Bürgerbeteiligung. Sie gibt Hinweise auf die grundsätzliche Machbarkeit und klärt die Umstände und Bedingungen, die gegeben sein müssten, damit ein Beteiligungshaushalt erfolgreich sein kann. Die Machbarkeitsstudie versteht sich nicht als Anleitung zur Durchführung eines solchen. Die grundsätzliche Entscheidung, ob ein Beteiligungshaushalt für Baden-Württemberg sinnvollerweise eingeführt werden sollte, ist von der Politik zu treffen. Hier arbeitet die Studie allerdings heraus, welche Entscheidungen insgesamt daraus folgen, wenn man einen Beteiligungshaushalt auf Landesebene realisieren wollte.

Wir danken den Autorinnen und Autoren der Studie Mag. Thomas Geldmacher-Musiol, Prof. Dr. Volker M. Haug, Mag. Robert Korbei, Prof. Dr. Robert Müller-Török, Mag. Daniela Musiol, Prof. Dr. Arne Pautsch, Prof. Dr. Alexander Prosser und Prof. Dr. Birgit Schenk für ihre wissenschaftliche Arbeit und ihre Beiträge sowie den zahlreichen weiteren einbezogenen Expertinnen und Experten für ihre wertvollen Hinweise. Viele interessante Einblicke und viel Vergnügen beim Lesen wünschen

Christoph Dahl
Geschäftsführer
Baden-Württemberg Stiftung

Dr. Andreas Weber
Abteilungsleiter Bildung
Baden-Württemberg Stiftung

<http://www.springer.com/978-3-658-19647-9>

Beteiligungshaushalt auf Landesebene
Eine Machbarkeitsstudie am Beispiel von
Baden-Württemberg

(Hrsg.)

2018, XII, 208 S. 62 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19647-9